

# Berlin-Ultimatum gefallen

## Eisenhower und Chruschtschow ziehen Bilanz — Gipfeltreffen noch in diesem Jahr

Washington/Moskau (upi/ap/dpa). Einen Tag nach Beendigung der Gespräche von Camp David haben Präsident Eisenhower und Ministerpräsident Chruschtschow von Washington und Moskau aus zu verstehen gegeben, daß die Gespräche besser verliefen, als sie vorher erwartet hatten. Eisenhower teilte mit, daß Chruschtschow seine ultimativen Drohungen gegen Berlin zurückgezogen habe und die neuen Verhandlungen über die Zukunft Berlins keiner zeitlichen Begrenzung unterworfen werden. Zugleich betonte das Weiße Haus, daß keine Lösung getroffen werde, die für die Bevölkerung Westberlins und der Bundesrepublik nicht annehmbar sei. In Moskau berichtete Chruschtschow vor etwa 20 000 Zuschauern im Lenin-Stadion, er habe volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit Eisenhowers und dessen Wunsch, den kalten Krieg zu beenden.

Präsident Eisenhower äußerte vor der Presse, die Beseitigung der unmittelbaren Drohung gegen Berlin habe in hohem Maße seine Bereitschaft zu einem „Gipfeltreffen“ bestimmt. Der genaue Termin müsse noch zwischen den USA und ihren Verbündeten abgesprochen werden. Pressesekretär Hagerty ergänzte, wahrscheinlich werde die „Gipfelkonferenz“ stattfinden, bevor Eisenhower im Frühjahr zu seinem Gegenbesuch in die Sowjetunion fährt.

### Hagerty stellt richtig

Hagerty rief die Journalisten nach der Pressekonferenz des Präsidenten zu sich, um Mißverständnissen über die amerikanische Haltung in der Berlin-Frage vorzubeugen. Eisenhower hatte auf die Frage eines Journalisten, ob die USA zu dem Grundsatz stünden, daß jede Berlin-Lösung die Rechte der Westalliierten und die Freiheit der Westberliner garantieren müsse, ausweichend geantwortet und von Konsultationen mit den Verbündeten gesprochen.

Der Pressesekretär verlas eine offizielle Erklärung, in der es heißt, der Präsident habe selbstverständlich nicht gemeint, daß die Freiheit der Westberliner aufgegeben oder einseitig auf westalliierte Rechte verzichtet

werden sollte. „Jede Vereinbarung muß für die Menschen annehmbar sein, die es am meisten angeht — die Menschen in Westberlin und in der Bundesrepublik“, sagte Hagerty. Eisenhower habe lediglich sagen wollen, daß er vorläufig keine Einzelheiten einer endgültigen Berlin-Regelung nennen könne.

Eisenhower hatte zu Berlin ferner gesagt, man könne sich nicht der sowjetischen Ansicht verschließen, daß die Lage der Stadt anomal sei. Eine Lösung müsse aber das Gebot der Gerechtigkeit erfüllen.

### Abrüstung, Gegenbesuch

Eisenhower meinte, mit seiner Begegnung mit Chruschtschow sei ein Beginn in Richtung auf eine „Eisschmelze“ in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gemacht worden. Beide Seiten seien von der Notwendigkeit überzeugt, das verschwenderische und gefährliche Wettrennen unter Kontrolle zu bringen. Chruschtschow habe ihm jedoch keine Einzelheiten zu dem allgemein gehaltenen sowjetischen Versprechen mitgeteilt, sich einer Abrüstungskontrolle zu unterwerfen.

Die Verschiebung seines zunächst für November geplanten Gegenbesuches in der Sowjetunion auf das nächste Frühjahr

begündete Eisenhower damit, daß Chruschtschow und er in der Zwischenzeit durch zahlreiche andere Verpflichtungen in Anspruch genommen seien. Eisenhower fügte hinzu, daß Frühjahr sei auch eine bessere Reisezeit.

### Wie Chruschtschow es sah

Zur gleichen Zeit, als Eisenhower in Washington zur Presse sprach, berichtete Chruschtschow auf einer Massenkundgebung im Moskauer Lenin-Stadion über seinen Besuch. Chruschtschow lobte Eisenhowers Aufrichtigkeit, sagte aber, er sei sich einiger Leute in der Umgebung des Präsidenten nicht sicher. Zu diesen „unsicheren“ Beratern schien er auch Vizepräsident Nixon zu rechnen.

Chruschtschow nannte seinen Besuch in den USA konstruktiv und nützlich, machte jedoch darauf aufmerksam, daß es mehr als nur eines Zusammentreffens bedürfe, um die Spannungen und Mißverständnisse zu lösen. „Der Schmutz ist zu groß.“

In der Mitte seiner Reise sei er drauf und dran gewesen, Amerika zu verlassen, weil es vom Eintreffen bis zur Ankunft in Los Angeles feindselige Reaktionen gegeben habe, berichtete Chruschtschow seinen erstaunten Zuhörern weiter. Als er dagegen protestiert habe, sei ihm versprochen worden, daß sich derartige Szenen nicht wiederholen würden. „Am anderen Morgen war die Situation bereits anders. Die Menschen lächelten, wie sie es in Moskau tun.“ Unter den Dockarbeitern in San Franzisko habe er sich sogar „wie zu Hause“ gefühlt. Die Schutzmaßnahmen nannte Chruschtschow „eine Art Hausarrest“.

## In der Stille von Camp David

DT. Wer wollte jetzt noch daran zweifeln, daß die Politik der einen Welthälfte von einem Manne diktiert wird, der ganz und gar unberechenbar ist? Das breite Gesicht der Jovialität und das wütende Trommeln der Fäuste markieren die äußersten Punkte einer Skala, die das jäh politische Temperament Chruschtschows durchpendelt. Seine Ruhelosigkeit ist die Unruhe dieser Welt. Die pragmatische Einschätzung der amerikanischen Maiskolben, zu denen Chruschtschow gefunden hat, seine grimmige, oft komisch anmutende Anerkennung der amerikanischen Gesundheit, die er zunächst für eine potemkinsche Staffage gehalten haben mochte, blieben ohne Wirkung auf sein politisches Denken. Die wirtschaftlichen Leistungen, zu denen ein freies Leben befähigt, nötigten dem Sowjetmenschen Respekt ab. Die politischen und gesellschaftlichen Prinzipien aber, aus denen solches Leben nur hervorgehen kann, brachten ihn, wo immer sie energisch vertreten wurden, schier zur Raserei. Dann wurde aus dem „kleinen Pinja“, den eine perfekte Schweinezucht mit Glück erfüllen kann, Nikita Chruschtschow, ein Mann von einem anderen Stern, fern und fremd, sehr unsicher und sehr gefährlich. Amerika hat ihn gesehen und erkannt, genauer wohl, als er Amerika sehen und erkennen konnte. Immerhin aber machte das Land Eindruck auf ihn.

★

Träfe dies zu, so wäre der Gewinn einmal der intelligenten Programm-Regie des State Department, zum anderen und in erster Linie aber dem Freimut der amerikanischen Gesprächspartner zuzuschreiben. Die hemdsärmelige Art, in der die „kapitalistischen Sklaven“ den sowjetischen Führer zur Rede stellten, hat gelegentlich auch im Westen Mißfallen erregt. Aber mußte der sowjetische Ministerpräsident nicht scharfen, unerbittlichen Fragen ausgesetzt werden? Sollte er nicht spüren, wofür man ihn hält, wie man

über die Politik seines Systems denkt und was man in einem freien Land unter einem würdigen Friedensschluß versteht? Die Zusammenstöße, die sich dabei mehrmals ergaben und die bei dem Gespräch Chruschtschows mit amerikanischen Gewerkschaftsführern eine krisenhafte Schärfe erreichten, sollten dem sowjetischen Führer zu wesentlichen Erkenntnissen verhelfen. Wir wissen nicht, ob das gelungen ist. Sicher wissen wir jedoch, daß die amerikanische Nation aus den polternden Antworten, die Chruschtschow gab, gelernt hat. Sie bestätigen, sicher gegen den Willen dessen, der sie gab, die Richtigkeit der bisherigen amerikanischen Außenpolitik. Der einfache Bürger der Staaten, der sich gemeinhin für die Politik seines Gouverneurs ungleich mehr interessiert als für die Mühen seines Außenministers, weiß nun besser als vorher, warum das Rüstungsbudget seines Landes eine so schwindelerregende Höhe erreichen mußte. Er hat in dem Manne Chruschtschow jetzt die Gefahr erkannt, die ihm und seiner Lebensform droht. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite wird diese Erkenntnis gleichzeitig aber auch den Wunsch wachrufen, die drohende Gefahr zu bannen und einen sicheren Frieden zu suchen.

★

So vollzieht sich, ausgelöst durch den Besuch Chruschtschows, in den Köpfen der Amerikaner nun ein Denkprozeß, der in der hohen amerikanischen Politik eigentlich schon während der letzten Amtswochen des Außenministers Dulles, zum Zeitpunkt der ultimativen Berlin- und Deutschland-Vorstöße Moskaus, eingesetzt hat. Die drohende Nähe einer kriegerischen Auseinandersetzung mit ihren unabsehbaren Folgen hat die schlichte Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der Weltprobleme offenkundig gemacht. Moskau ist angesichts der Entschlossenheit der westlichen Gegenwehr von seiner glatten und zeitlich knappen Kapitulationsforderung abgerückt. Die Vereinigten Staaten ihrerseits sind angesichts der bleibenden sowjetischen Entschlossenheit in der Sache von

der vorwiegend moralischen Betrachtungsweise zu einer mehr pragmatischen Sicht des Weltgeschehens übergegangen. Dulles hatte das Handeln seines Landes auf den Hintergrund einer durch und durch moralischen Weltordnung gestellt. Das gab der amerikanischen Politik Jahre hindurch einen für unsere Zeiten ungewohnten, fast verwegenen Glanz. Nun wird verhandelt mehr nach dem Augenschein. Das bedeutet gewiß nicht, daß irgend etwas aufgegeben würde.

★

Es wäre nun sicher verfehlt zu sagen, daß die erste Auswirkung dieser Akzentverschiebung auf die amerikanische Deutschland-Politik in der umstrittenen Herter - Äußerung sichtbar geworden sei. Man sollte die eilige Interview-Antwort des Außenministers zum Zonen-Separatfrieden nicht wie einen Notentext behandeln. Sie gibt zwar zu denken, und sie war auf keinen Fall eine diplomatische Meisterleistung; aber sie steht doch zu einsam da im Kreise der vielen anderslautenden amerikanischen Erklärungen zu Deutschland. Das mehr pragmatische Denken der amerikanischen Politik nach Dulles wird, hier sind wir sicher, den westlichen Rechtsstandpunkt in der Deutschland- und Berlin-Frage um keinen Millimeter verschieben. Es wird sich vielmehr eher so auswirken, daß die USA im Gegensatz zu früher jetzt den Nahkampf im Gespräch und in Verhandlungen mit Moskau suchen und den Hebel, der den Frieden fördern kann, mehr an begrenzten übersichtlichen Problemen ansetzen werden als an globalen Themen. Das gilt vor allem für die Abrüstung, die nach der Total-Utopie Chruschtschows nun sorgsam in Einzelstücke aufgliedert in Angriff genommen werden muß. In der Stille von Camp David ist damit nur der Anfang gemacht worden. Die Gespräche werden weitergehen und die Berlin- und Deutschland-Fragen nicht meiden; denn pragmatisch denken heißt, alle Tatsachen in Rechnung ziehen, die den Frieden gefährden können. Wir hoffen, daß Chruschtschow den Tatsachensinn besitzt, der nötig ist, um dies zu erkennen.

# Agartz-Flugblätter ohne Resonanz

Disziplinierte Bergarbeiterdemonstration in Bonn — Fahnen und Spielmannszüge

Bonn (ap). Unter dumpfem Trommelklang zogen am Wochenende rund 58 000 Bergleute mit schwarzen Fahnen und Spruchbändern in einem Schweigemarsch durch die Bundeshauptstadt. Die von der IG Bergbau organisierte Protestdemonstration sollte dazu dienen, die Bundesregierung zu beschleunigten sozialen Hilfsmaßnahmen für die von der Kohlenkrise bedrohten Bergleute und zu einer Änderung ihrer Energiepolitik zu bewegen.

Der Marsch der Bergleute, die mit Sonderzügen, Omnibussen und Rheinschiffen nach Bonn gebracht worden waren, verlief ohne Zwischenfälle. Die erwarteten kommunistischen Störversuche blieben aus. Die fünf bereitgestellten Wasserwerfer brauchten nicht eingesetzt zu werden. Polizeioffiziere lobten die Disziplin der Demonstranten und die Organisation durch die IG Bergbau. Die Bergleute hätten sich so diszipliniert verhalten, daß die Demonstration an einen Ausflug braver Schulklassen erinnert habe. Dieser Eindruck werde auch dadurch unterstrichen, daß viele der Demonstranten Fotoapparate mitgebracht hatten, um Sehenswürdigkeiten in Bonn zu knipsen.

Der Protestmarsch dauerte rund sieben Stunden. An der Spitze der Kolonnen marschierten der DGB-Vorsitzende Richter, der Vorsitzende der IG Bergbau, Guterath, und das DGB-Vorstandsmitglied Beer-

mann. Die Kritik der Bergleute, wie sie auf den Spruchbändern deutlich wurde, richtete sich in der Hauptsache gegen Bundeskanzler Adenauer und in geringerem Maße auch gegen Bundeswirtschaftsminister Erhard. Beide waren während des Protestmarsches nicht in Bonn. Weitere Spruchbänder enthielten die Forderungen der Gewerkschaft zur Beseitigung der Kohlenkrise. Verlangt wurden unter anderem: die Bezahlung der Zwangsfeierschichten, Herabsetzung der Altersgrenze für die Bergleute, Schluß mit den Massenentlassungen, die Bildung eines Energiewirtschaftsrates und ein Energieplan.

Auch der Bergleut des Saarlandes wurde mit einem Spruchband: „Existenzsicherung auch für die Saar“ gedacht. Die Bergarbeiter wiesen ferner auf ihre

Verdienste am Wiederaufbau nach dem Kriege hin und betonten, daß es „ohne Bergmann kein Wirtschaftswunder“ gegeben hätte.

## Verkehrsstauungen

Die Bonner Bevölkerung brachte der Demonstration nur geringes Interesse entgegen. Nur einige tausend Bürger umsäumten die Straßen, durch die sich der Zug bewegte. Viele gaben ihrem Mißfallen über die Verkehrsbehinderung Ausdruck. Durch den An- und Abmarsch der Bergarbeiter kam es nicht nur in Bonn, sondern auch auf den Straßen in einem Umkreis bis zu 30 Kilometern zu größeren Verkehrsstauungen.

Ein Sprecher der IG Bergbau beurteilte den Verlauf der Demonstration sehr positiv. Er erklärte: „Der Bevölkerung von Bonn und der Bundesregierung wurde damit ein Eindruck von den Möglichkeiten der Gewerkschaften vermittelt.“

## Ordner griffen ein

Ein linksradikales Agartz-Flugblatt mit Parolen wie „Sozialismus ist das Gebot der Stunde“ — „Schuld an allem ist das kapitalistische System“ wurde von der Polizei beschlagnahmt, da es kein Impressum trug. Die Flugblattverteiler, junge Männer mit offenbar kommunistischen Ansichten, wurden vorübergehend festgenommen. Frauen, die sich ungebeten mit einem Transparent „Wir Bergarbeiterfrauen fordern: statt Atomraketen mehr Moneten“ unter die Demonstranten gemischt hatten, wurden von Ordnern der Gewerkschaft und Polizei schnell und bestimmt entfernt.

# Parteireform vertagt

CDU-Bundesausschuß beriet mit Kanzler — Ehrung Adenauers

W, Bonn (Eigenbericht). Die geplante Parteireform der CDU rückt in immer größere Ferne. Der Bundesausschuß der Partei, der in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Adenauer darüber beriet, konnte nicht zu Beschlüssen kommen. Die bekannten Vorschläge, die teils auf eine Verbreiterung der Parteiführung zugunsten der Landesverbände, teils auf eine Stärkung der Bonner Zentrale abzielen, standen unvereinbar nebeneinander. Nach einer längeren Debatte fand man schließlich, daß eine neue Bearbeitung dieser Vorschläge notwendig sei. Der Parteivorstand wurde gebeten, noch einmal darüber zu beraten. Man hört aber jetzt schon die Ansicht, daß vor dem nächsten Bundesparteitag, der im Mai 1960 in Karlsruhe stattfinden soll, wahrscheinlich noch

kein Beschluß über die Parteireform gefaßt werde.

In der Sitzung des Bundesausschusses kam es zu einer ungewöhnlichen Ehrung Adenauers. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier sprach dem Kanzler den „erheblichen Dank“ der CDU für seine „geschichtlichen Verdienste“ aus, worauf sich die ganze Versammlung erhob, um Adenauer zu applaudieren. Diese Ehrung erregte in Bonn um so größeres Aufsehen, als die heftigen Auseinandersetzungen, die sich um den Kanzler anlässlich seines Rücktritts von der Präsidentschaftskandidatur entsponnen hatten, erst gerade ein Vierteljahr zurückerliegen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

# Hochschulbesuch auch für Volksschüler

Kultusminister der Länder tagten in Berlin — Lehrermangel bald behoben ?

Berlin (Eigenbericht). Die Kultusminister haben auf ihrer 73. Plenarsitzung in Berlin vor allem Schulfragen erörtert. Dabei wurden, wie der schleswig-holsteinische Kultusminister Osterloh mitteilte, „wahrhaft sensationelle Entscheidungen“ getroffen. Von großer Bedeutung dürfte eine Rahmenvereinbarung über den sogenannten zweiten Bildungsweg sein, der Absolventen von Volksschulen unter besonderen Umständen sogar den Besuch der Technischen Hochschule ermöglichen soll. Die Kultusminister faßten folgende Beschlüsse:

● In allen Ländern wird jetzt an den Volksschulen das neunte Schuljahr, das in Berlin bereits besteht, obligatorisch.

● Die Oberstufe der Gymnasien soll u. a. durch Verringerung der Fächer reformiert werden.

● Das Ausleseverfahren für die Aufnahme in die weiterführenden Schulen soll verfeinert werden, wobei allen begabten Kindern, unabhängig von Herkunft und Vermögen der Eltern, der Zugang zur höheren Schule offensteht.

Einigkeit bestand bei den Kultusministern der deutschen Länder darüber, daß eine Vereinheitlichung des Schulwesens in der Bundesrepublik nicht behindert werden darf. Den Ländern verbleiben immer noch Möglichkeiten, geschichtlich gewordene oder für ihr Gebiet und seine Bedürfnisse charakteristische Schultypen im Rahmen der Vereinbarungen zu erhalten.

## Berufs-Aufbauschulen

Große Bedeutung hat die Annahme einer Rahmenvereinbarung über die Errichtung von Berufsaufbauschulen bzw. Aufbaulehrgängen im berufsbildenden Schulwesen. Diese Aufbaulehrgänge werden in erster Linie für befähigte Volksschulabsolventen eingerichtet, die in einer Berufslernstelle sind oder in der Praktikantenausbildung stehen. Ziel dieser Lehrgänge ist es, die Teilnehmer auf gehobene Aufgaben im Berufsleben vorzubereiten und ihnen den Eintritt in Ingenieurschulen oder vergleichbare und andere weiterführende Bildungseinrichtungen durch ein Abschlußzeugnis zu ermöglichen, das dem der Mittelschule gleichwertig ist. Unter besonderen Umständen kann dieser zweite Bildungsweg, der in erster Linie dem akuten In-

genieurmangel abhelfen soll, auch den Weg zur Technischen Hochschule bzw. Universität öffnen.

Hauptthemnis aller dieser Pläne ist der immer noch bestehende Mangel an Lehrkräften, der zusammen mit dem kriegsbedingten und noch nicht beseitigten Schulraummangel zu stark besetzte Schulklassen zur Folge hat. Es besteht jedoch begründete Hoffnung, daß diese Schwierigkeiten in absehbarer Zeit überwunden oder doch ge-

mildert werden können — einmal durch finanzielle Anstrengungen von Bund und Ländern, zum anderen durch die erfreuliche Tatsache, daß seit einem Jahr ein unerwartet großer Zustrom zu den Pädagogischen Akademien, wie überhaupt zu den pflegerischen und pädagogischen Berufen, festzustellen ist.

Wie bereits gemeldet, tritt am 1. Oktober der Berliner Senator für Volksbildung, Professor Tiburtius, die Nachfolge von Minister Osterloh als Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Kultusminister an. Auf einstimmigen Beschluß aller Kultusminister wird das Generalsekretariat der Ständigen Konferenz mit seinen Dienststellen beim Berliner Volksbildungssenator etatisiert.

## Junge Union: Mehr Privateigentum

Wiedervereinigung nur durch freie Wahlen am Anfang

Berlin (Eigenbericht). Die Junge Union stellte sich auf ihrem Deutschlandtag in Berlin konsequent hinter die Außenpolitik der Bundesregierung. Sie bezeichnete die Wiederherstellung der deutschen Einheit als deren Hauptziel. Freie Wahlen müßten, um dieses Ziel zu erreichen, am Anfang und nicht am Ende stehen. Trotz lebhafter Diskussion über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei hält die Junge Union zum gegenwärtigen Zeitpunkt an der Hallstein-Doktrin fest, wonach jede Anerkennung von Staaten, die offizielle Beziehungen zu Pankow unterhalten, nur zur Verhärtung der Zwei-Staaten-Theorie führen würde.

In fünf Arbeitskreisen hatten die rund 200 Delegierten am Sonnabend zu Fragen der Eigentumsbildung, der Außenpolitik, der Jugend- und Kulturpolitik und dem Parteiengesetz Stellung genommen. Um die Möglichkeit der Eigentumsbildung beträchtlich zu erweitern, wird in einer Entschliebung eine Gesetzgebung zur baldigen Neu-

ordnung des Baulandmarktes verlangt. Im industriellen Bereich fordert die Junge Union, auf dem begonnenen Weg der Privatisierung von Bundesvermögen zügig fortzuschreiten. Ferner soll ein Gesetzentwurf der CDU/CSU schnell verabschiedet werden, wonach die auf acht Milliarden geschätzten Sozialrückstellungen von Firmen aufgelöst und in Arbeitnehmerhand übergeführt werden sollen. Bei der Ausgabe neuer Aktien sollen Belegschaften bevorzugt beteiligt werden.

Der Bundesvorsitzende Dr. Stoltenberg und sein erster Stellvertreter Dr. Even wurden wiedergewählt.

Auf einer Kundgebung am Sonnabend forderte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers einen neuen Stil in der Parteiarbeit der CDU. Die Organisation müsse vor allem auf der unteren und mittleren Ebene gestärkt, dabei aber das geistig-weltanschauliche Profil der Partei deutlicher herausgearbeitet werden. Meyers sagte, die CDU müsse von der Wähler- zur Mitgliederpartei finden.

# Das Ergebnis von Camp David

## Der Wortlaut des Schlußkommuniqué

Washington (UPI). In einer ersten Bilanz wurden in Washington vier Ergebnisse der Gespräche zwischen Eisenhower und Chruschtschow genannt: ● 1. Die Vereinbarung, die Verhandlungen über Berlin ohne Befristung wieder aufzunehmen. ● 2. Die feierliche Achtung des Krieges als Mittel der Politik. ● 3. Die Vereinbarung über einen verstärkten Kulturaustausch zwischen den USA und der UdSSR. ● 4. Die Wiederaufnahme von Verhandlungen über die sowjetischen Schulden aus dem Leih- und Pachtvertrag. Das offizielle Schlußkommuniqué hat folgenden Wortlaut:

„Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. S. Chruschtschow, und Präsident Eisenhower hatten in Camp David einen offenen Meinungsaustausch. An einigen dieser Gespräche nahmen der amerikanische Außenminister Herter und der sowjetische Außenminister Gromyko sowie auch andere hohe Beamte beider Länder teil.

● Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und der Präsident sind der Ansicht, daß diese Gespräche zur Klärung der beiderseitigen Haltung in einer Anzahl von Fragen nützlich gewesen sind. Die Gespräche wurden nicht mit dem Ziel geführt, über Probleme zu verhandeln. Es ist jedoch zu hoffen, daß ihr Meinungsaustausch zu einem besseren Verständnis der Motive und der Haltung beider Gesprächspartner und damit zu einem gerechten und dauerhaften Frieden beitragen wird.

● Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und der Präsident der Vereinigten Staaten kamen überein, daß die Frage einer umfassenden Abrüstung die wichtigste ist, der sich die Welt heute gegenüber sieht. Beide Regierungen wollen alles unternehmen, um eine konstruktive Lösung dieses Problems zu erzielen.

● Im Verlauf der Diskussionen fand ein Meinungsaustausch über die Deutschland-Frage einschließlich eines Friedensvertrages mit Deutschland statt, wobei die Ansichten beider Seiten dargelegt wurden.

● Was die Berlin-Frage anbetrifft, so wurde ein Übereinkommen darüber erzielt, daß vorbehaltlich der Billigung der an dieser Frage direkt betroffe-

nen Parteien neue Verhandlungen stattfinden sollen, um eine Lösung zu finden, die in Übereinstimmung mit den Interessen aller Betroffenen und der Interessen der Aufrechterhaltung des Friedens steht.

● Zusätzlich zu diesen Fragen wurden nützliche Gespräche über eine Reihe von Problemen geführt, die die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA betreffen. Zu den Themen gehörte die Frage des Handels

zwischen den beiden Ländern. Im Hinblick auf einen verstärkten Personen- und Gedankenaustausch wurde in den Gesprächen zwischen den Beratern ein wesentlicher Fortschritt erzielt, und es ist zu hoffen, daß gewisse Übereinkommen in der nächsten Zukunft erzielt werden.

● Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und der Präsident der USA sind übereingekommen, daß alle offenen internationalen Probleme nicht durch Anwendung von Gewalt, sondern durch friedliche Mittel gelöst werden sollen.

● Schließlich wurde vereinbart, daß ein genauer Termin für den Gegenbesuch des Präsidenten in der Sowjetunion im nächsten Frühjahr auf diplomatischem Wege festgelegt wird.“

## Volle Rentenangleichung

### Regierung stimmte einer Erhöhung um 5,94 Prozent zu

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung hat überraschend beschlossen, die laufenden Renten der gesetzlichen Rentenversicherungen vom 1. Januar 1960 an um 5,94 Prozent zu erhöhen. Das Kabinett, das unter dem Vorsitz Bundeskanzler Dr. Adenauers tagte, folgte damit wider Erwarten dem Vorschlag von Bundesarbeitsminister Theodor Blank. Bei der Beratung in der vorigen Woche hatten die Bundesbank und Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard Bedenken gegen den Umfang der Rentenerhöhung geäußert.

An der Sitzung des Bundeskabinetts nahmen sieben Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien teil, darunter der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Krone, und die Sozialexperten der Fraktionen. Die Ansichten waren geteilt. Anscheinend fiel die Entscheidung durch Dr. Adenauer selbst. Die Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen waren für eine vierprozentige Rentenerhöhung eingetreten. Adenauer gehörte dagegen schon immer

zu den Anhängern der „Renten-Dynamik“.

Die Rentenerhöhung kommt allen Rentnern zugute, deren Renten vor dem 1. Januar 1959 festgestellt wurden. Rentner, die erst im Laufe dieses Jahres ihren Rentenbescheid erhalten haben, erhalten bereits die entsprechenden Bezüge. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die allgemeine Bemessungsgrundlage, nach denen die Neurentner errechnet werden, bereits mit Beginn dieses Jahres um 5,94 Prozent angehoben worden ist. Der Kabinettsbeschuß muß noch vom Bundestag bestätigt werden.

## Bischofskonferenz in Fulda

Fulda (kna). Mit einer Andacht am Grabe des hl. Bonifatius im Fuldaer Dom begann am Dienstag die bis zum 2. Oktober dauernde Jahreskonferenz der katholischen deutschen Bischöfe, an der außer dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen, Kardinal Frings (Köln), u. a. die Kardinäle Wendel (München) und Döpfner teilnahmen.

# Europa hofft auf den Gipfel

Bonn über neue Berlin-Gespräche erleichtert — Vertrauen auf Eisenhower

Bonn/London (Eigenbericht/dpa). In den Bonner Stellungnahmen zum Abschluß des Chruschtschow-Besuchs in Amerika überwiegt die Genugtuung darüber, daß neue Verhandlungen über das Berlin-Problem vereinbart worden sind. Mit genaueren Äußerungen hält man sich noch zurück. Die Bundesregierung begrüßt in einer vorläufigen Stellungnahme die Erklärung, daß die Berlin-Frage „in Übereinstimmung mit den Interessen aller Betroffenen“ gelöst werden soll, und fügte hinzu: „Dazu gehört in erster Linie die Berliner Bevölkerung selbst.“

Als Bundeskanzler Adenauer vor dem Bundesausschuß der CDU/CSU sprach, war er äußerst zurückhaltend. Offenbar wollte er erst einen Bericht des deutschen Botschafters in Washington, Prof. Grewe, abwarten. Er betonte nur die unbedingte Bündnistreue Präsident Eisenhowers, der bei seinen Gesprächen mit Chruschtschow keinen Schritt weitergegangen sei, als er in Bonn abgesprochen hatte. Es könne als Erfolg des Chruschtschow-Besuchs in Amerika angesehen werden, daß der Begriff der „Flexibilität“ aus dem amerikanischen Wortschatz verschwunden sei. Erneut lehnte Adenauer die Einrichtung einer Zone verminderter Rüstung in Mitteleuropa ab, weil sie den Untergang der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft und da-

mit dem Untergang Europas bedeutete. Gleichzeitig hob er aber die überragende Bedeutung einer allgemeinen Abrüstung hervor.

Die SPD beschäftigte sich in einer Sitzung des Parteipräsidiums, an der auch der Berliner Regierende Bürgermeister Brandt teilnahm, mit dem Ergebnis von Camp David. Anschließend stellte sie fest, es habe „eine weitere Periode internationaler Verhandlungen über die internationale Entspannung, die Abrüstungsfrage, das Deutschlandproblem und Berlin begonnen“. Diesen Tatbestand begrüßte die SPD, weil sie immer die Auffassung vertreten habe, daß die strittigen Weltfragen nur durch Verhandlungen und nicht mit Gewalt gelöst werden könnten. Das Kommuniqué zeige ferner, daß auch die Berlin-Frage ohne Druck und einseitiges Vorgehen geregelt werden solle.

## Erleichterung

Das Ergebnis der Aussprache zwischen Eisenhower und Chruschtschow ist in den europäischen Hauptstädten mit Er-

leichterung aufgenommen worden. Die Gespräche werden als Beginn einer neuen Verhandlungsphase gewertet. Die Hoffnungen, zu konkreten Ergebnissen vor allem in den Fragen Deutschland, Berlin und Abrüstung zu gelangen, richten sich jetzt auf eine „Gipfelkonferenz“, deren Einberufung für Anfang nächsten Jahres erwartet wird. In allen Kommentaren wird die Bedeutung der amerikanischen-sowjetischen Erklärung gewürdigt, auf Gewaltanwendung zu verzichten und alle Streitfragen auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

● In London erklärte das Außenministerium, die britische Regierung begrüße die Pläne, die in dem Kommuniqué von Camp David angeregt wurden und die „völlig mit ihren eigenen Ansichten übereinstimmen“. Britische Regierungsbeamte ließen keinen Zweifel daran, daß London an einer möglichst frühzeitigen „Gipfelkonferenz“ interessiert ist.

● Der französische Staatspräsident de Gaulle erklärte, die Gespräche von Camp David seien „wahrscheinlich der Beginn einer Verständigung und einer Übereinstimmung“. Frankreich sei zu gegebener Zeit auch an einem „Gipfeltreffen“ interessiert. Der Optimismus, den de Gaulle äußerte, hat in Paris überrascht.

## Millionen für „Westarbeit“

Berlin (dpa/upi). 15 000 hauptamtliche SED-Funktionäre sind nach den Worten eines Sprechers des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen mit der kommunistischen Zersetzungsarbeit in der Bundesrepublik beschäftigt. Diese Funktionäre würden von einem „Arbeitsbüro“ beim Zentralkomitee der SED in Ostberlin eingesetzt, das als Zentrale die gesamte „Westarbeit“ der Parteien, Massenorganisationen, des FDGB und der illegalen KPD leite, finanziere und überwache. Für diese Organisation werden, wie der Sprecher in einem Kommentar über den Sender RIAS sagte, jährlich über 120 Millionen DM ausgegeben, die aus Steuergeldern und vielen unfreiwilligen Organisationsbeiträgen der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

## Immer weniger Privatbetriebe

Anteil der Privatbetriebe am Gesamtprodukt nur noch 20 Prozent

Berlin (dpa/ap). Der Anteil der privaten Betriebe am Gesamtprodukt der Sowjetzone ist von 41,2 Prozent im Jahre 1950 auf 20,9 Prozent Ende 1953 zurückgegangen. In der gleichen Zeit stieg der Anteil der „sozialistischen“ Betriebe von 58,8 auf 76,4 Prozent. Dies geht aus einer von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Ostberlin veröffentlichten Bilanz „Zehn Jahre DDR“ hervor.

Der systematische Abbau des privaten Handels in der Sowjetzone ist besonders auffällig.

Sein Anteil am Einzelhandelsumsatz betrug 1950 noch 52,8 Prozent, Ende vergangenen Jahres dagegen nur noch 27 Prozent.

Der im vorigen Jahr nach heftigen Auseinandersetzungen mit SED-Chef Ulbricht in Ungnade gefallene „Vater der volkseigenen Industrie“, Fritz Selbmann, scheint wieder das Wohlwollen der Parteiführung zu genießen. Ministerpräsident Grotewohl und das SED-Zentralkomitee gratulierten Selbmann am Montag zum 60. Geburtstag.

# „Denen im Westen werden wir es zeigen!“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

R. Berlin (Eigenbericht)

In zehn Jahren Planwirtschaft ist es dem Sowjetzonenregime nicht gelungen, eine pünktliche und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Während die Zonenzeitungen auf den ersten Seiten breit ausmalen, wie das Leben nach der Verwirklichung des neuen Siebenjahrplans sein soll, müssen sie auf den letzten Seiten zugeben, daß das Warenangebot bei Lebensmitteln und Konsumgütern weiter unbefriedigend ist. Dabei versuchen sie allerdings, die Schuld von den Planungsbehörden weg auf die Produktionsbetriebe zu lenken.

### DRESDEN

Schluß mit dem Schlendrian fordert die „Sächsische Zeitung“ und beschwert sich darüber, daß die Apoldaer Strick- und Wirkwarenfabrik innerhalb kurzer Zeit fünf Lieferungsverträge nicht eingehalten hat. „Bis zum 31. Juli sollten 100 Damenpullover geliefert werden, erst 44 Tage später gingen sie ein. 300 reinwollene Damenjacken sollten bis zum 31. Juli nach Dresden kommen, am 7. September waren erst 66 Stück da. Statt wie gesetzlich festgelegt 5 v. H. in zweiter Wahl, waren 30 v. H. von minderer Qualität. Statt 220 Damenkleider waren 186 eingetroffen, davon 100 in einer Farbe.“

Wo bleiben Ersatzteile? fragt die Zeitung weiter und berichtet: Der VEB Walzwerk Hettstedt (Südharz) lieferte dem HO-Warenhaus Dresden Schnellkochtöpfe, die Qualitätsfehler aufwiesen. Trotzdem wir mehrfach nach Hettstedt schrieben, blieben unsere Anfragen ohne Antwort. Wann endlich will die Werkleitung des Walzwerks für qualitativ einwandfreie Waren sorgen? Wann endlich werden die Ersatzteile für die Schnellkochtöpfe geliefert?

### MAGDEBURG

Staatshandel ohne Gemüse. Auf einer Handelskonferenz der SED wird kritisiert, daß der „Schnelldienst“ der HO nicht funktioniert. Ein privater Einzelhändler sagte: „Warenliefe-

rungen dauern in Magdeburg erfahrungsgemäß acht bis vierzehn Tage.“ Ein SED-Funktionär verlangt vom Großhandelskontor für Obst und Gemüse Auskunft: „Wieso kommt es, daß für den privaten Einzelhandel ein reichhaltiges Gemüseangebot vorhanden ist, aber für den staatlichen Handel offenbar kein Gemüse wächst?“

Als Witzbolde bezeichnete die „Volksstimme“ die Verantwortlichen des volkseigenen Kohlenhandels. Die HO-Lebensmittel habe schon im Mai Brennstoffe für 300 Verkaufsstellen bestellt, die jedoch noch nicht geliefert worden seien. Nach einer Beschwerde habe der Kohlenhandel in einem Brief geantwortet, „daß dank der großen Leistungen unserer Kumpel genügend Kohle vorhanden ist und die Verkaufsstellen sich doch entsprechend bevorraten möchten“.

### LEIPZIG

Hier fehlt Putz, dort Pflaster, schreibt ein Leser der „Leipziger Volkszeitung“, die unter

### Pankow „verbrauchte“ 28 Minister

Berlin (iwe). In den zehn Jahren des Bestehens der Sowjetzonenregierung sind 28 Minister ausgewechselt worden. Sieben von ihnen sind verstorben, drei wurden verhaftet, sechs arbeiten in anderen zentralen Institutionen und zwölf sind aus zentralen Regierungsfunktionen völlig verschwunden.

Die drei verhafteten Minister sind Georg Dertinger (Minister für Auswärtiges), Dr. Hamann (Minister für Handel und Versorgung) und Fechner (Minister für Justiz). Sie wurden als Staatsfeind, Saboteur bzw. Parteifeind zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Dertinger befindet sich noch in Haft, während Fechner, der vorzeitig entlassen wurde, inzwischen wieder in die SED aufgenommen wurde. Hamann ist in die Bundesrepublik geflüchtet. Von den 1949 ernannten drei Stellvertretern des Ministerpräsidenten ist nur noch Walter Ulbricht im Amt.

der Parole „Macht Leipzig schöner“ zu unbezahlten Arbeitseinsätzen der Bevölkerung aufgerufen hatte. „Unsere Stadt ist wirklich nicht sehr sauber.“ Bei den Abbrucharbeiten an den noch vorhandenen zahlreichen Ruinen halfen sowjetische Soldaten. „Von früh bis abends sind sie mit Raupenfahrzeugen beim Einbrechen der Ruinen und beim Abfahren der Ziegel beschäftigt. Ein erneuter Beweis der großen freundschaftlichen Hilfe sowjetischer Freunde beim Aufbau des Sozialismus in der DDR.“

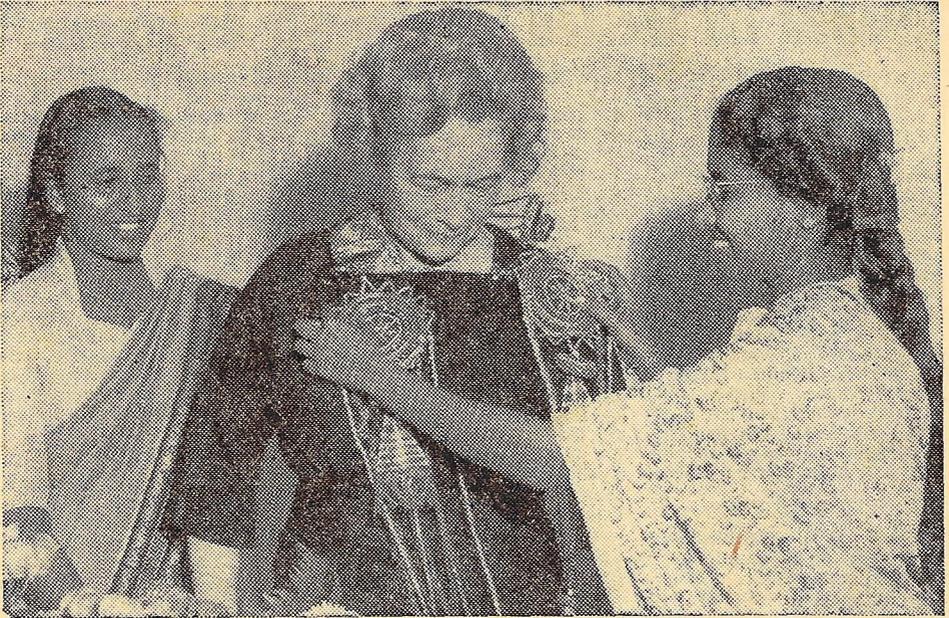
### HALLE

Angebote für die Herbstsaison. In Zeitungsanzeigen bieten die HO- und Konsumwarenhäuser an: „Mantelstoff, Import — Meter 91 Mark, Wollkleider ab 90 Mark, Morgenröcke aus Kunstseide 107 und 117 Mark, Import-Hausschuhe 43 Mark 90.“

Nicht für Geld. Unter Anstrengung aller Kräfte wurde der im Juni abgebrannte Phenyl-Beta-Betrieb der Filmfabrik Wolfen wiederaufgebaut. Zu den Sonderschichten und Arbeitseinsätzen erklärte ein Arbeitsbeauftragter eingesetzter Schlosser: „Wir haben uns schließlich für mehr angestrengt als für die ‚Piepen‘, denn es ging uns um unsere Sache, um den Plan, um die Republik, na, und denen drüben im Westen wollten wir es auch mal zeigen.“

### CHEMNITZ

Zuwenig Druck. Mit Mängeln in der Energieversorgung beschäftigt sich die „Volksstimme“ in einer Glosse. Eine Familie, die Gäste zum Mittag gebeten hatte, konnte die Kartoffeln nicht zur rechten Zeit servieren, weil die Hausfrau erfolglos versuchte, sie zum Kochen zu bringen. „Der Druck ist so gering, daß die Gasflamme wie ein Stecknadelkopf aussieht. Um 12 Uhr Mittagessen? Unmöglich! Gegen 15 Uhr stehen die Kartoffeln endlich auf dem Tisch.“ Der „Bezirkslastverteiler“ weist darauf hin, daß in dieser Woche die „Hauptbelastungszeiten“ von 6.45 bis 15 und von 18 bis 21 Uhr sind, und fordert „Jeder spare Strom“.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Die „erste Dame der Bundesrepublik“, Frau Wilhelmine Lübke, empfing in Bonn indische Studenten aus Kerala. Als Geschenk erhielt sie ein prachtvoll zisiliertes Ornamentband. — Unten: Europas größtes Volksfest. Unter einem strahlend blauen Himmel marschierten rund 5000 Mitglieder von Trachtengruppen, Musikkapellen, Spielmannszügen zur Münchener Oktoberfestwiese.

